



P R E S S E M I T T E I L U N G

Koalitionsvertrag mit Licht und einzelnen, großen Schatten „Die Industrie hatte sich mehr erhofft und Schlimmeres befürchtet“

„Das wirtschaftspolitische Manko des Koalitionsvertrags ist das fehlende Bekenntnis zum Bau des Kraftwerks Moorburg.“ kommentierte Frank Horch, Vorsitzender des IVH-INDUSTRIEVERBAND HAMBURG E.V. „Dies ist ein schlechtes Signal an die Industrie am Standort und Investoren. Viele Unternehmen haben sich auf die Zusagen des Senats verlassen. Bei zukünftigen Projekten und Investitionsentscheidungen werden die Erfahrungen der Industrie mit dem Kraftwerk Moorburg sicher eine Rolle spielen.“ Hier sei der neue Wirtschaftssenator Axel Gedaschko besonders gefordert, so der IVH-Vorsitzende weiter. „Wirtschaftspolitik ist stark geprägt vom Klima und der Stimmung an einem Standort. Herr Gedaschko sollte durch engen Kontakt zur Industrie daran arbeiten, das Vertrauen in die Hamburger Politik wieder zu verstärken.“

Infrastruktur:

Positiv bewertete der IVH die bekannt gewordenen Entscheidungen für den Anschluss an die A26, die Ortsumgehung Finkenwerder und die Elbvertiefung: „An diesen Punkten haben die Koalitionäre ein gutes Ergebnis erzielt. Wir hoffen auf eine schnelle Umsetzung dieser zentralen Infrastrukturprojekte.“

Masterplan Industrie:

„Wir werden uns Gesprächen über eine Weiterentwicklung des Masterplans Industrie nicht verschließen“ betonte Frank Horch mit Blick auf die im Koalitionsvertrag festgelegte Weiterentwicklung der strategischen industriepolitischen Planung. „Man kann jedes sehr gute Projekt immer noch weiter entwickeln.“ Gleichwohl seien die zentrale Zielsetzung des konsequenten industriellen Wachstums und andere Eckpunkte festgelegt. „Wir werden sicher nicht noch einmal bei null anfangen und alles neu aufrollen.“

UmweltPartnerschaft Hamburg:

Der IVH-Vorsitzende begrüßte die Festlegung im Koalitionsvertrag auf die Fortsetzung der UmweltPartnerschaft Hamburg: „Hamburgs Industrie ist seit vielen Jahren bundesweit führend bei Investitionen in Umwelt- und Ressourcenschutz. Wir haben die Klimaschutzziele des Senats in der Vergangenheit bereits mit umfangreichen, freiwilligen Selbstverpflichtungen unterstützt und CO2 eingespart. Der kooperative, freiwillige Umweltschutz in der UmweltPartnerschaft Hamburg

hat ebenfalls bundesweit Modellcharakter. Wir setzen die UmweltPartnerschaft gern fort, sofern die Ziele der Partnerschaft nicht durch andere Vorgaben unterlaufen werden. Freiwilliger, kooperativer Umweltschutz macht nur Sinn, wenn in Hamburg nicht gleichzeitig neue ordnungspolitische Sonderregelungen zu Lasten der Industrie bei Emissionen und Genehmigungen beschlossen werden.“ Mit Blick auf die umfangreichen Vorleistungen der Hamburger Industrie beim Umweltschutz forderte Horch zu dem, alle Mengenberechnungen von Emissionen auf das Basisjahr 1990 zu beziehen.

Der IVH vertritt als rechtlich selbstständige Hamburger Landesvertretung des BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie die Interessen von über 200 Industrieunternehmen, industrienahen Dienstleistern und Verbänden gegenüber der Öffentlichkeit, der Politik und anderen Institutionen.

Bei Rückfragen:

Marc März
IVH - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG E.V.
Kapstadtring 10
22297 Hamburg
Telefon: 040 - 6378 4150
e-mail: Marc_Maerz@bdi-hamburg.de
Hamburg, 18. April 2008